

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

In Dresden bei täglich zweimaliger Jutragung monatlich M. 3.—, aber durch die Post bei täglich zweimaliger Jutragung monatlich M. 4.—.  
Die 10pallige 32 mm breite Seite M. 9.—, außerhalb Sachlens M. 11.—. Familien-Anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10pallige Seite und Verträge 2 1/2, Reichlich, Anzeigenplätze laut Tarif, Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung, Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—.

Verkaufsstelle: Nachrichten Dresden.  
Vertriebspreis: Sammelnummer 28 241  
Nur für Nachgelieferter: 20011.

Schriftleitung und Hauptverwaltungsstelle:  
Markenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Neumann, Neudamm in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht entnommen.

## Herabsetzung der Reparationen?

### Ein englischer Vorschlag.

London, 19. Juli. Neuer meldet aus New York: Hier ist ein Bericht eingetroffen und von verschiedenen Blättern veröffentlicht worden, wonach Großbritannien die Herabsetzung der Reparationen vorschlägt und gleichzeitig angeboten habe, auf die ihm zuzurechnenden Summen zu verzichten.

Bisher ist dieser Bericht nicht bestätigt worden. Er hat aber die Aufmerksamkeit und Zustimmung einiger der führenden Zeitungen hervorgerufen. „Globe“ schreibt dazu: Mit einer bewundernswürdigen Tat hat Großbritannien das Beweise von Hohn und Selbsthohn geschrieben, das Deutschland niederhält. Der Vorschlag ist eigentlich nur ein Ergebnis des gesunden Menschenverstandes; aber in dieser Atmosphäre des ausgeprägten Nationalismus und blinder Radepolitik, wie sie heute in Europa herrscht, wirkt dieser gesunde Menschenverstand wie eine böse Eingebung.

In einem Leitartikel der „World“ heißt es: Wenn die Franzosen das britische Angebot annehmen, das die Reparationssummen herabsetzt, wie es die Sachverständigen Großbritanniens, Amerikas und der neutralen Länder für möglich halten, so gebührt England großes Lob. Hierdurch würde bewiesen, daß seine Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete die intelligenteste ist.

Die „Tribune“ sagt: Das Wert mag Frankreich einseitig erscheinen, inessen bedeutet es einen Schritt nach aufwärts auf dem Wege zum Ausgleich der französischen und der britischen Interessen. Es erscheint geratener, daß Großbritannien Frankreich für die Revision des Versailler Vertrages einstimmt, wenn dies nicht nur Deutschland, sondern auch Großbritannien zum Nutzen gereicht. (S. I. B.)

## Weitgehende Zugeständnisse der Garantiekommmission?

Berlin, 19. Juli. Die Angekündnisse, die die Garantiekommmission gegenüber ihren ursprünglichen Forderungen bezüglich der Finanzkontrolle und der übrigen finanziellen Fragen erhoben hat, werden uns von unterrichteter Seite als sehr weitläufig bezeichnet. Innerhalb der Regierung ist man der Auffassung, daß man auf der Grundlage, wie sie jetzt zwischen dem Garantiekomitee und der Reichsregierung vereinbart wurde, zum Ziel kommen werde. Man verachtet sich allerdings nicht, daß in Paris zunächst wohl Einwendungen erhoben werden, hofft aber, daß schließlich auf einem anderen Wege als dem von der Garantiekommmission vorgeschlagenen nicht zu erreichen ist.

Dagegen melden Pariser Zeitungen, es sei zwischen der Reichsregierung und dem Garantiekomitee folgendes vereinbart worden:

1. das Garantiekomitee werde die gesamten Einnahmen Deutschlands kontrollieren und auch die Ausgaben, bevor diese vom Reichstag beschlossen worden sind. Es werde sie auch im Augenblick der Verwirklichung nachprüfen;
2. alle finanziellen und wirtschaftlichen Statistiken sollen dem Garantiekomitee zur Prüfung übergeben werden;

## Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 19. Juli. Die Besprechungen im Reichstage zwischen den Führern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei heften erneut eine grundsätzliche Übereinstimmung der Parteien über die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft fest. Die Deutsche Volkspartei trat für die Einbeziehung der Bayerischen Volkspartei ein, und es bestand auch Einigkeit darüber, daß der Bayerischen Volkspartei der Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft offen stehe. Diese Partei verhandelt auf dem demnächst abzuhaltenden Parteitag darüber. Die Arbeitsgemeinschaft wird erst zu ihrer praktischen Auswirkung gelangen, wenn der Reichstag wieder versammelt sein wird. Eine offizielle Erklärung der drei bürgerlichen Parteien steht bevor. (S. I. B.)

## Ausschluß und Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 19. Juli. Der Reichstagsabgeordnete Henning hatte bei der Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, um gewisse gegen ihn schon seit langem erhobene Vorwürfe prüfen zu lassen. Der Untersuchungsausschuss ist zu dem Ergebnis gelangt, daß gegen den Abgeordneten Henning nichts vorliege, was ihn strafrechtlich befahe oder ehrenrührig erscheine, daß aber die Art seiner politischen Betätigung den Interessen der Partei nicht entspricht. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand haben darauf die Erklärung abgegeben, daß ein weiteres Verbleiben Hennings in der Deutschnationalen Fraktionsgemeinschaft unerwünscht erscheine. (S. I. B.)

Berlin, 19. Juli. Der frühere Reichsgerichtsrat und bayerische Justizminister Prof. Düringer hat in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten Löbe seinen Austritt aus der Deutschnationalen Fraktion mitgeteilt. (S. I. B.)

## „Internationaler Schutz der deutschen Republik.“

Amsterdam, 19. Juli. Heute fand unter Leitung des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes die internationale Konferenz statt, die vom Internationalen Gewerkschaftsbunde und den Leitungen der Gewerkschaftsinternationale von London und der Zweiten Gewerkschaftsinternationale einberufen worden war. Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Timmer setzte den Zweck der Konferenz in kurzen Worten auseinander, indem er erklärte: Die Lage in Deutschland habe die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu des Überzeugung gebracht, im Interesse des deutschen Proletariats und der Arbeiter aller Länder eine international

3. die deutsche Regierung sei verpflichtet, das Garantiekomitee fortlaufend über den jeweiligen Stand der schwebenden Schuld Deutschlands zu unterrichten.

## Baldige Entscheidung über das Moratorium.

Berlin, 19. Juli. In hiesigen diplomatischen Kreisen, die über die Verhandlungen der Garantiekommmission und auch über ihre Forderungen unterrichtet sind, glaubt man, daß die Entscheidung über das Moratorium in nächster Zeit, wahrscheinlich schon in der nächsten Woche, fallen werde. Die Garantiekommmission habe den Eindruck gewonnen, daß die Frage des Moratoriums infolge der in den deutschen Wirtschaftskreisen herrschenden Nervosität sobald als möglich entschieden werden müsse.

## Vertagung des Auswärtigen Ausschusses.

(Wigner Traubbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Berlin, 19. Juli. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat sich nach kurzer Besprechung über die Forderungen des Garantiekomitees vertagt und wird seine Verhandlungen am Freitag wieder aufnehmen, um abzuwarten, wenn die Unterlagen gedruckt vorliegen, erneut Stellung zu nehmen.

Berlin, 19. Juli. Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Wapner, ist, wie wir hören, in Berlin eingetroffen. Seine Anwesenheit in Berlin dürfte mit dem Moratoriumsgesuch der Reichsregierung zusammenhängen.

## Amerika glaubt an Deutschlands guten Willen.

London, 19. Juli. Der „Daily Telegraph“ meldet aus New York, dort herrsche die Ansicht vor, daß Deutschland aufrichtig wünsche, seinen Verpflichtungen nachzukommen und reichlich Beweise für das Bestehen dieses Wunsches gegeben habe. Die Durchsicht des Aufschlusses Amerikas sei die, daß die Lösung des deutschen Problems offenbar in zwei Richtungen sich bewegen könne, entweder eine internationale Anleihe oder die Gewährung eines Moratoriums. In Amerika sei die Auffassung allgemein, daß Europa imstande sein werde, die Zinsen seiner Schulden an Amerika zu bezahlen und eines Tages auch das Kapital.

## Scharfmacherei des „Temps“.

Paris, 19. Juli. „Temps“ schreibt in einem Leitartikel nach einer Kritik des deutschen Finanzgebahrens: Wenn es zur Durchführung der ersten finanziellen Reformen und zur Sicherstellung der Pächter unbedingt notwendig erscheint, eine oder höchstens zwei monatliche Zahlungen Deutschlands aufzuschieben, so wird es zweifellos am Platze sein, ihm ein ganz kurzes Moratorium zu gewähren. Aber der Aufschiebung der Zahlungen müßte von der gleichzeitigen Durchführung der verlangten Reformen und von der Organisation einer mit allen notwendigen Vollmachten ausgestatteten Kontrolle abhängig gemacht werden. Ferner müßte die Reparationskommmission in Laufe dieses ganz kurzen Zeitraumes eine etwaige Verfehlung Deutschlands feststellen und diese Feststellung begründen. Wenn dann nicht sämtliche Verpflichtungen eingehalten würden, dann würden die alliierten Regierungen an besten tollkühn, wenn nötig aber auch einzeln, handeln.

nale Einheitsfront zur Unterstützung der deutschen Arbeiter zu bilden. Es sei notwendig, daß sofort Maßnahmen zum Schutze der deutschen Republik und zur Verhinderung aller monarchistischen und reaktionären Aufschläge getroffen würden. Es sei auch notwendig, eine internationale Übereinstimmung über eine Abänderung derjenigen Teile der Friedensverträge zu gelangen, die daran Schuld seien, daß die Reaktion in Deutschland stets neue Anhänger für ihre Agitation finde, und daß die Arbeiter in fast beinahe allen Ländern vom wirtschaftlichen Elend betroffen würden. Die Leitungen der Zweiten Internationale und der Wiener Internationale erklärten sich bereit, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um gemeinschaftlich die Vor schläge zu verwirklichen. (S. I. B.)

## Rücktritt des italienischen Kabinetts.

Rom, 19. Juli. Das Kabinett ist zurückgetreten. (S. I. B.)  
Ministerpräsident Facta hielt in der Kammer eine Rede, in der er alle Parteien aufforderte, die Regierung in ihrem Bestreben zu unterstützen, das Leben und die Freiheit der Bürger mit allen verfügbaren Mitteln rückhaltlos zu verteidigen. Er fügte hinzu, die Regierung werde ihr Passifizierungswerk fortsetzen, aber es sei auch nötig, zu einer kräftigeren Anwendung der Gewalt zu schreiten. Die Kammer nahm dann mit 288 gegen 108 Stimmen eine Tagesordnung gegen die Regierung an. (S. I. B.)

## Neue Bandenkämpfe im Burgenlande.

Wien, 19. Juli. (Amtlich.) Der Grenzort Hagerödorf im südlichen Burgenlande wurde in der Nacht auf heute von ungarischen, mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten bewaffneten Kräften überfallen. Die Bundes truppen wiesen nach zwei stündigem Feuerkampf die ungarischen Banden zurück. Die österreichische Regierung hat die notwendigen diplomatischen Schritte eingeleitet, um einen Verzicht einer neuerlichen Beunruhigung des Burgenlandes abzuwehren. (S. I. B.)

## Demonstration gegen die Teuerung in Wien.

Wien, 19. Juli. Heute vormittag versammelten sich vor dem Parlament gegen tausend Arbeiter und Arbeiterinnen der Zimmeringer Waggonfabrik und der Penzinger Kutschenfabrik, um gegen die Teuerung, insbesondere gegen die Brotpreiserhöhung, zu demonstrieren. Die Arbeiter zogen auf begütigendes Zureden der Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Partei trotz der Gegenaktion der kommunistischen Redner ab, nachdem eine Deputation von Betriebsräten zur Regierung entsandt worden war. Vor dem Parlament blieben noch eine Anzahl neugieriger Arbeiter zurück. Aufstürzungen sind nicht vorgekommen.

## Unter dem Schutzgesetz für die Republik.

Das Schutzgesetz für die Republik ist durch die Annahme im Reichstag in die Welt der vollendeten Tatsachen eingetreten. Damit beginnt eine Phase unserer inneren Entwicklung, der jeder Anhänger einer wirklichen demokratischen Freiheit nur mit tiefster Sorge entgegenzusehen kann. Nicht, als ob einsichtige Patrioten darüber im Zweifel sein könnten, daß nach dem Morde an Rathenau, der im Zusammenhang mit dem an Eraberger verübten gleichartigen Verbrechen einen Abgrund politischer Verirrung aufklaffen ließ, irgend einschneidenden Gewalttaten geübt wurden. Die Frage blieb aber offen, ob die zu ergreifenden Maßnahmen sich auf dem Boden des allgemeinen Strafrechts durch Verschärfung bereits bestehender Bestimmungen und Einfügung neuer bewegen, oder ob sie die immer gefährliche Form eines Ausnahmegesetzes annehmen sollten. Die bayerische Regierung stellte sich von vornherein auf den Standpunkt, daß nur eine Abänderung des Reichsstrafgesetzbuches in Betracht kommen dürfe und daß bei der Durchführung der neuen strafrechtlichen Vorschriften die einzelstaatliche Landeshoheit sorgfältig achtet werden müsse. Der bayerischen Ansichtung ist aber von Seiten der Reichsregierung keine Rechnung getragen worden. Man hat den Weg eines Ausnahmegesetzes beschritten und zur Aburteilung der strafbaren Handlungen, die sich als Verfehlungen gegen die Sicherheit der Republik darstellten, einen besonderen Staatsgerichtshof eingesetzt, der sich ebenfalls als ein Ausnahmegerichtshof charakterisiert. Von leitender bayerischer Stelle war der Vorstoß gemacht worden, den Gerichtshof einem Senat des Reichsgerichts anzugliedern, um ihn auf solche Weise die Ausnahmegerichtsbarkeit zu nehmen und ihn in die ordentlichen Gerichte einzureihen. Auch diese Anregung blieb aber unbeachtet und so erscheint nun Bayern auf der ganzen Linie als der geistlose Teil, der seinen Groll über diese Wendung der Dinge unverhohlen zum Ausdruck bringt. Die bayerischen Vertreter haben sowohl im Reichsrat wie im Reichstag eine sehr scharfe Sprache geführt und darauf hingewiesen, daß von dem bayerischen bürgerlichen Leben überhaupt nichts mehr übrig bliebe, wenn man die gänzlich befristeten Militär-, Finanz- und Eisenbahnhohheit nun auch noch die Justiz- und Polizeihohheit behalte. Die Verfassung und Verärgern der Bayern ist noch vermehrt worden durch gewisse Vorschriften des Reichsstrafpolizeigesetzes, die der Reichspolizei gestatten, unter Umständen in den Einzelstaaten selbständig amtliche Handlungen mit eigenem Personal vorzunehmen und den einzelstaatlichen Behörden unmittelbare Anweisungen zu erteilen. Die Krise, die aus diesem Kulak neuerdings in den Beziehungen zwischen Berlin und München eingetreten ist, hat in Bayern die öffentliche Meinung bis in die Tiefe hin, aufgewühlt und eine mit Zündstoff derartig geladene Atmosphäre geschaffen, daß die bevorstehenden Gerichte unheimlich werden. So wußte der „Vorwärts“ zu melden, daß man sich in München bereits ernstlich auf den Abfall vom Reiche vorbereite und daß die bayerischen Industriellen verammelt gewesen seien, um sich über die zu treffenden wirtschaftlichen Maßnahmen für den Fall der Vöstrennung vom Reiche zu verständigen. Derartige tendenziös gefärbte Alarmnachrichten heft die bestimmte Erklärung Dr. Seims entgegen, daß eine zeitweilige Trennung Bayerns vom Reiche nur unter einer einzigen Voraussetzung denkbar sei, wenn nämlich in Berlin alles drunter und drüber gehen und bolschewistische Bestrebungen die Oberhand im Norden gewinnen sollten. Gesehigt wird aber das Verhältnis Bayerns zum Reiche durch das Schutzgesetz sicher nicht. Die unvermeidliche Folge der neuen Einrichtungen, die Bayern mit den Eingriffen des Reiches in seine staatlichen Souveränrechte hat machen müssen, ist das Aufsteigen einer Stimmung, die der bayerische Revolutionsgeist in Berlin selbst als Reichs-Verdröffenheit gekennzeichnet hat. Dadurch wird die Gefahr einer Lockerung der nationalen Geschlossenheit des Reiches heraufbeschworen und das ist ein Preis, mit dem das Schutzgesetz denn doch allzu sehr überbezahlt sein dürfte.

Auch im übrigen Deutschland können sich die bürgerlichen Kreise des blickenden Gefahls nicht erwehren, daß das Schutzgesetz tatsächlich ein Ausnahmegesetz ist. Der Reichsjustizminister hat zwar den Reichskanzler desavouiert durch die Erklärung, daß das Gesetz nicht einseitig gegen rechts gerichtet sei, aber die Wirkung der temperamentsvollen Worte des Reichskanzlers läßt sich nicht so ohne weiteres verschmerzen. Auch ist zu bedenken, daß solche ministeriellen Versicherungen unverbindlich sind, wenn auch die gute Absicht des Ministers nicht in Zweifel gezogen werden soll. Das gilt vor allem, falls in der Zwischenzeit bis zum Ablauf der Gültigkeit des Gesetzes ein Wechsel in der Person des Reichsjustizministers eintreten sollte; der Nachfolger könnte dann für sich die Auffassung seines Vorgängers ablehnen. Auch wird man mit der Tatsache rechnen müssen, daß die radikale Linde sich in einer jenseitigen Verfassung befindet, auf Grund deren sie der Meinung ist, daß ihren Rednern und Prekorganen so ziemlich alles, jedenfalls aber weit mehr gestattet sei, als die Rechte sich erlauben darf. Das kann man aus mancherlei Auslassungen, die von einem gewaltig überhöhten Deutschvöck zeigen, deutlich erleben. Ein geradezu klassisches Beispiel dieser Art mag hier registriert werden. In einem Aufsatz der von dem bekannten sozialistischen Theoretiker Parvus herausgegebenen „Globe“, Verlaß für Sozialwissenschaft in Berlin, findet sich ein althergebrachter Appell an die „Führer im Kampf“, der über seinen Sinn und Zweck keinen Irrtum aufkommen läßt. Es kommt darin u. a. folgende markante Stelle vor: „Seid hart! Fürchtet nicht, daß irgendwo ein „Recht“ verletzt wird. Es kann geschehen, wenn wir hindurch sind. Recht ist ein Ideal, aber Freiheit ist ein arderes. Ihr seid tolerant gewesen. Zu tolerant. Nachgiebig bis zur Selbstentwässerung wart ihr! Ihr seid: damit wird die Freiheit nicht gefehert, nicht